

**SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. – Die SPA-Vorsitzende**

Landesverbandstagung 19.06.2011  
(Es gilt das gesprochene Wort!)

**Sehr geehrte Delegierte, liebe Vorstandskollegen,  
meine Damen und Herren,**

**als Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses im  
Landesverband darf ich heute über unsere Arbeit der  
vergangenen vier Jahre berichten. Umfänglich liegt der  
Bericht in schriftlicher Form vor und auch unser  
Landesvorsitzender hat bereits einige wichtige Themen  
angeschnitten.**

**Ergänzend möchte ich einige inhaltliche Schwerpunkte  
aufzeigen. Zuvor will ich es aber nicht vergessen, mich bei  
den Mitgliedern des Ausschusses ganz herzlich für ihre  
Arbeit bedanken. Wir haben oft intensiv diskutiert, sind  
aber immer zu tragfähigen Ergebnissen gekommen. Im  
Namen des SPA darf ich vor allem auch der Abteilung  
Sozialpolitik der Landesgeschäftsstelle danken. Sie hat in  
der Vor- und Nachbereitung sowie durch die erfolgreiche  
Ideengebung und Umsetzung hart für uns gearbeitet.**

**Die sozialpolitische Arbeit des SoVD-Landesverbandes  
Niedersachsen e.V. stand in den vergangenen Jahren ganz  
im Zeichen der Zusammenarbeit mit anderen wichtigen  
Partnern – auch in Form von Bündnissen. Durch die enge**

**Zusammenarbeit ist es gelungen, die Schlagkraft sozialer Forderungen zu erhöhen und sich somit für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen.**

### **Tafel 1: Bündnis-Logos LGG**

**Lange verzögert wurde beispielsweise das Behindertengleichstellungsgesetz in Niedersachsen. Es dauerte bis ins Jahr 2008, bevor das Land ein Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen bekam. Dieses Gesetz ist zustande gekommen, weil sich unser „Bündnis für ein Niedersächsisches Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ für die berechtigten Interessen der Betroffenen stark gemacht hat. Dieses Bündnis hatte der SoVD-Landesverband ins Leben gerufen, da der 2007 vorgelegte Entwurf für das Landesgleichstellungsgesetz trotz intensiver Gespräche mit den Fraktionen im Niedersächsischen Landtag und auch mit dem Sozialministerium völlig unbefriedigend und enttäuschend war. In einem Positionspapier erarbeiteten wir daraufhin zentrale Forderungen für eine dringend notwendige Überarbeitung des Gesetzentwurfs. Seine Positionen stellte der SoVD gemeinsam mit dem Bündnis in der Landespressekonferenz im Landtag vor und bezog bei der Verbandsanhörung zum Gesetzentwurf deutlich Stellung. Mit Erfolg: 2008 wurde das Gesetz endlich verabschiedet.**

**Dennoch hat sich das Land hierbei nicht mit Ruhm bekleckert, denn Niedersachsen war das letzte Bundesland in Deutschland, das sich ein solches Regelwerk gab. Ein wichtiges Ergebnis des Gesetzes ist übrigens die Bildung eines Landesbeirates für behinderte Menschen, der die Arbeit des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen unterstützt. Der SoVD arbeitet unter anderem gemeinsam mit der Lebenshilfe und dem Blindenverband aktiv in diesem Gremium mit.**

**Ebenfalls sehr lange haben die Prozesse auf dem Weg zu einem Landesheimgesetz gedauert – und dauern noch an. Diese soll das Bundesgesetz – mit Ausnahme des Vertragsrechts – ersetzen und weiterentwickeln. Als der Gesetzentwurf im Niedersächsischen Landtag im September 2010 zur Anhörung vorlag, hat auch der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. Stellung bezogen und einige Kritikpunkte deutlich gemacht. Denn der Referentenentwurf blieb hinter den Erwartungen des Verbandes an ein zeitgemäßes Schutzgesetz zurück.**

**Besonders kritisch bewertete der SoVD dabei die Tatsache, dass die für die Lebensgestaltung und Qualität eines Heimes zentralen Fragen in dem Entwurf nicht geregelt werden. So sollen etwa die Anforderungen an die**

**Räume in Heimen sowie die Fachkraftquote erst in Rechtsverordnungen definiert werden. Der Landesverband hält es jedoch für notwendig, dass die wichtigsten Eckpunkte in einem Gesetz geregelt werden.**

**So sollten Einzelzimmer als Standard gesetzlich gesichert werden, da zu einem selbstbestimmten Leben auch die Möglichkeit gehört, sich jederzeit räumlich zurückziehen zu können. Deshalb zählt zu den Grundregeln der Heimversorgung auch der Schutz der Privat- und Intimsphäre als Kernbereich der Menschenwürde. Der Landesverband kritisierte bei der Anhörung weiterhin, dass - wie nach bisherigem Recht - angemeldete Prüfungen den Vorrang haben sollen. Der Verband forderte in diesem Zusammenhang, dass unangemeldete Prüfungen zur Regel werden und angemeldete Besuche nur in Ausnahmefällen stattfinden. *[aktuellen Stand unmittelbar vor der LVT bei Meike Janßen abfragen]***

**Bereits Ende 2008 hatte das niedersächsische Sozialministerium ein zehn Millionen schweres Pflegepaket angekündigt. Mit diesem Geld sollte die Qualität der Pflege systematisch gestärkt und die Pflegeberufe attraktiver gemacht werden. Diese Mittel kamen jedoch lange Zeit nicht zur Anwendung.**

**Ende 2009 forderte der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. gemeinsam mit der niedersächsischen SPD-Fraktion und weiteren Organisationen in einer Pressekonferenz die Landesregierung zum umgehenden Handeln auf. Dabei wurde bemängelt, dass noch immer keine zusätzlichen Ausbildungsplätze geschaffen und die Schulgeldfreiheit noch nicht eingeführt worden sei. Außerdem seien aus dem Betrag von 10 Millionen für 2009 nur noch 8,3 Millionen für 2010 geworden.**

**Das Medienecho auf die in der Pressekonferenz vorgebrachten Argumente war niedersachsenweit sehr groß. Nach der umfassenden Kritik reagierte das niedersächsische Sozialministerium kurzfristig und erklärte, das Programm werde schnellstens beginnen und sogar teilweise rückwirkend zum 1. August 2009 gelten. Zum 1. Januar 2010 startete in Niedersachsen dann tatsächlich das Paket zur Verbesserung der Pflege. Der erste Teil des Pflegepaketes beinhaltete die finanzielle Anerkennung ausbildender Pflegeeinrichtungen und die direkte Förderung von Schülern an Altenpflegeschulen in privater Trägerschaft.**

**In der Gesundheitspolitik stand in den vergangenen Jahren die hausärztliche Versorgung in Niedersachsen –**

**insbesondere der Ärztemangel – im Fokus des SoVD. Denn nach Berechnungen der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen werden bis 2020 mehr als 4.200 Ärzte in den Ruhestand gehen. Ausreichender Nachwuchs im ambulanten Bereich ist jedoch nicht in Sicht.**

**Besonders betroffen sind der KVN zufolge die ländlichen Regionen Niedersachsens. Wenn die Hausarztzahl in den nächsten Jahren weiter sinkt, hat das in erster Linie für ältere, sozial benachteiligte und nicht mobile Menschen äußerst negative Folgen. Die weiten Wege und höheren Transportkosten könnten letztlich dazu führen, dass die Patienten sogar auf Arztbesuche verzichten. Es besteht also dringender Handlungsbedarf. In Gesprächen mit dem Deutschen Hausärzterverband, der KVN und Vertretern aus der Politik hat der Landesverband deshalb seine Position deutlich gemacht und mögliche Lösungsvorschläge aufgezeigt.**

**Auch 2010 hat der drohende Ärztemangel den SoVD und die Politik beschäftigt: In einer Anhörung hat sich der Landesverband mit der niedersächsischen CDU-Fraktion sowie anderen Verbänden zum Stand der Hausärzterversorgung in Niedersachsen ausgetauscht. Dabei setzte sich der SoVD insbesondere dafür ein, dass die Vergütungssysteme der gesetzlichen und privaten**

Krankenversicherung zusammengeführt werden, um die faktisch bereits bestehende Zweiklassenmedizin wieder abzuschaffen. Schließlich ist es nicht verwunderlich, dass Ärzte sich besonders dort niederlassen, wo die Bevölkerung einkommensstark ist, solange für Privatversicherte in vielen Fällen ein doppelt so hoher Betrag gezahlt wird wie für die gesetzlich Versicherten. Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. wird sich weiter für Lösungen einsetzen, die Arztbesuche erleichtern und ermöglichen – statt sie zu erschweren.

**Tafel 2: Broschüre „Barr. Arztpraxen Benth“ und [www](#)**

Besonders für viele Menschen mit Behinderung gilt das Recht auf freie Arztwahl praktisch ohnehin nur eingeschränkt. Oftmals komplizieren verschiedene Barrieren den Zugang und die Nutzbarkeit von Arztpraxen, so dass ältere Menschen oder Eltern mit Kinderwagen auf Schwierigkeiten stoßen.

Um Patienten zukünftig einen Überblick über barrierefreie Arztpraxen ihrer Region zu geben, hat der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. im Berichtszeitraum das Projekt „Barrierefreie Arztpraxen“ gestartet. Damit wird die Barrierefreiheit von Arztpraxen aus Patientensicht für Betroffene beschrieben und im Internet veröffentlicht.

**Dort können Patienten zukünftig ihren Arzt gezielt nach ihren Bedürfnissen über eine Datenbank auswählen, die Anfang April 2011 unter der Internetadresse [www.aerzte-ohne-barrieren.de](http://www.aerzte-ohne-barrieren.de) freigeschaltet wurde. Ermöglicht wurde dieser tolle Service einerseits durch die Förderung des Bundeskompetenzzentrums für Barrierefreiheit und die Koordinierung aller Arbeiten in der Landesgeschäftsstelle. Andererseits war es aber auch einmal mehr Ihr und Euer Verdienst. Ohne die vielen Helfer und Tester aus unseren Orts- und Kreisverbänden wäre dieses Projekt kaum so erfolgreich geworden, wie es nun ist.**

**Für diese tatkräftige Hilfe sowie ganz allgemein für die Unterstützung, die Anregungen und konstruktiven Diskussionen bedanke ich mich ganz herzlich bei Ihnen und Euch. Ein persönliches Wort noch zum Schluss meines Berichtes: .....**